

Krieg in der Ukraine Wie Frieden möglich werden kann

Während der Krieg mit unverminderter Intensität und Härte tobt, diskutieren Friedensforscher, was danach kommen kann.



SN/APA/AFP/MIGUEL MEDINA

- [Gerhard Schwischi](#)

- Dienstag 19. Juli 2022 06:19

Ein Ende des [Krieges in der Ukraine](#) zeichnet sich vorerst nicht ab. Sanktionen, Waffenlieferungen, Aufrüstung: Wie kann man aus dieser Spirale herauskommen? **Die SN sprachen darüber mit dem Friedensforscher Thomas Roithner von der Universität Wien.**

SN: Ist ein Frieden mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin überhaupt möglich?

Thomas Roithner: Das scheint mir schwierig. Wir stehen in einem völkerrechtswidrigen Krieg. Er ist eine Zäsur in den internationalen Beziehungen. Gleichzeitig müssen wir sehen: Die Russische Föderation ist Nachbar und wir müssen uns in Zukunft über Fragen kooperativer Sicherheit und ein gemeinsames Auskommen verständigen.

Derzeit prallen von beiden Kriegsparteien Maximalforderungen aufeinander und eine Bereitschaft zu Verhandlungen ist nicht in Sicht. Sehen Sie eine Strategie, die diesen Krieg nicht weiter eskaliert?

TR: Die einen sagen, man soll der Ukraine so lange Waffen liefern, bis sie militärisch gewinnt. Dazu gehören Polen, die baltischen Länder oder außerhalb der EU Großbritannien und die USA. Die anderen sagen, wir müssen uns auch auf eine Verhandlungslösung konzentrieren. Dazu zählen Frankreich, Italien, Deutschland, auch Österreich. Daher [pendelt die EU](#) zwischen neuen Sanktionspaketen, Waffenlieferungen und Aufrüstung. Im Moment sieht es jedenfalls so aus, dass beide Kriegsparteien meinen, mit militärischen Mitteln "bessere Karten" für später zu haben. Verloren haben beide schon.

Könnten die EU und die USA die Ukraine so aufrüsten, dass sie in der Lage ist, die russische Armee in die Knie zu zwingen?

Da gibt es unterschiedliche Stimmen von Militärexpertinnen und Militärexperten. Einige sagen, ein Sieg der Ukraine sei illusorisch. Andere meinen, ein Sieg sei möglich oder es sei möglich, Russland so großen Schaden zuzufügen, um Putin an den Verhandlungstisch zu bringen. Der Punkt ist aber: Wie können wir es schaffen, schneller eine Verhandlungslösung herbeizuführen? Auch angesichts der humanitären Situation und des enormen Leids, das es durch den Krieg gibt und das globale Ausmaß angenommen hat. Wir stecken derzeit noch zu stark zwischen Sanktionen, Waffenlieferungen und Aufrüstung fest und nützen die internationalen Organisationen zu wenig. Ich denke hier an die Vereinten Nationen oder die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Die OSZE hat es immer wieder in brisanten Situationen wie im ehemaligen Jugoslawien geschafft, konstruktive Ansätze einzubringen.

Westliche Staatschefs wie der deutsche Kanzler Olaf Scholz betonen, die Ukraine dürfe nicht verlieren. Was heißt das in letzter Konsequenz?

Das ist auch eine Definitionsfrage. Es ist verständlich, wenn die Ukraine betont, dass sie die Krim und den gesamten Donbass zurückbekommen muss. Andere sagen, den Krieg nicht zu verlieren könnte auch heißen, bezüglich dieser Gebiete Verhandlungen herbeizuführen.

Da sehe ich auch die Nationalstaaten am Zug, an Alternativen zu denken. Welche Modelle, zum Beispiel Neutralitätsmodelle, sind für die Ukraine denkbar? Wie könnte eine europäische Friedensordnung aussehen? Welche Modelle gibt es für Krim und Donbass?

Könnte Österreich dabei eine Rolle spielen?

Ja. Bei neutralen und paktungebundenen Staaten sehe ich besondere Möglichkeiten. Wenn Österreich klarlegt, die Neutralität erlaubt uns nicht, schwere Waffen zu liefern, heißt das nicht, sich zurückzulehnen, sondern Leistungen anzubieten, die vielleicht andere weniger glaubwürdig bereitstellen können.

Was konkret?

Da gibt es viele Ansätze. Betreffend die globale Sicherheit und konkret bezogen auf die Drohung Russlands mit Atomwaffen soll Österreich zum Beispiel sein Engagement für den seit 2021 in Kraft befindlichen Atomwaffenverbotsvertrag fortführen. Die Neutralen stehen in der ersten Reihe. Österreich könnte auch im OSZE-Rahmen gemeinsam mit anderen noch intensiver für Konfliktprävention tätig werden.

Wie könnten Sicherheitsgarantien aussehen, die für die Ukraine immer wieder ins Spiel gebracht werden?

Sicherheitsgarantien halten Russland oder andere von einem Angriff ab. Sie müssten vielgestaltig sein. Smarte ökonomische Sanktionen und militärische Aspekte wären ein Teil. Keine Akzeptanz fände wohl ein Militärpakt durch die Hintertür, fremde Stützpunkte, militärische Dauerpräsenz oder eine nukleare Dimension. Voraussetzung ist ein von den Akteuren akzeptierter und in Grundzügen funktionierender Friedensvertrag, der über einen Waffenstillstand hinausgeht.

Aber ist das nicht alles vergebliches Bemühen, wenn Putin mit imperialen Machtansprüchen der Ukraine das Existenzrecht abspricht?

Das ist natürlich schwierig zu verhandeln. Russland hat mehrfach die Kriegsziele geändert. Eine gesamteuropäische Friedensordnung ist deshalb ganz wichtig. Das ist auch ein Punkt, den die Russische Föderation seit vielen Jahren einfordert.

Die NATO-Staaten rüsten massiv auf. Muss der Westen auch mit Stärke reagieren, weil Putin nur das versteht?

Ich habe große Zweifel, ob eine Aufrüstung die Chance auf Gespräche verbessert. Die NATO gibt derzeit, was globale Militärausgaben betrifft, knapp 55 Prozent davon aus. Die Russische Föderation steht bei etwas mehr als drei Prozent an den globalen Militärausgaben. Das Militärbudget Russlands ist in den vergangenen zehn Jahren nicht so stark gestiegen, wie man das annehmen möchte. Wir sehen, dass die Mittel, die Russland zur Verfügung stehen, und die Ambitionen nicht ganz zusammenpassen.

Steuern wir auf einen neuen Kalten Krieg zu? Kalter Krieg nicht 1:1, wie wir ihn vor 1989 kennen, sondern in veränderter Form. Wir haben heute eine andere Konstellation, was die Stärke der Akteure USA und Russland betrifft. Wir haben mit China einen wesentlichen Akteur mit im Spiel, und eigentlich findet dieser Großmachtkonflikt vor allem zwischen den USA und China statt.

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien und Mitarbeiter im Versöhnungsbund.